

## Neues aus dem Landtag - KW 42

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche haben wir Grund zum JuBeLn! Denn wir haben gleich mehrere Anträge unter dem griffigen Etikett „**JuBeL-Paket**“ für **JugendBeteiligung auf Landesebene** auf den Weg gebracht. Ziel des Antragspakets: die Jugendbeteiligung im demokratischen Prozess stärken und so mittelfristig für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen sorgen. Denn wir sind überzeugt: Die Jüngeren in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, am demokratischen Dialog beteiligt zu werden. Die kommunale Ebene ist hierfür geradezu prädestiniert, da sie das unmittelbare Lebensumfeld der jungen Menschen betrifft. Mit 16 Jahren sind Jugendliche alt genug, um mitbestimmen zu können. Wir sehen ja bei den „Fridays For Future“-Protesten, dass junge Menschen durchaus in der Lage sind, sich eine Meinung zu bilden und dafür einzutreten. Da sich eine Änderung des aktiven Wahlrechts aufgrund des dafür erforderlichen Volksentscheids frühestens bis zur Kommunalwahl 2026 realisieren lässt, wollen wir die Zeit bis dahin nutzen, um junge Menschen auf ihr Wahlrecht adäquat vorzubereiten. Konkret wollen wir das Jugendehrenamt fördern, die außerschulische Jugendarbeit intensivieren und die Jugendringe stärken. Zudem setzen wir uns für eine flächendeckende Stärkung der Jugendparlamente, eine Intensivierung der politischen Bildung als Extremismus-Prävention und eine Weiterentwicklung der Landeszentrale für politische Bildung ein.



Susann Enders, MdL

Die kommunale Ebene ist hierfür geradezu prädestiniert, da sie das unmittelbare Lebensumfeld der jungen Menschen betrifft. Mit 16 Jahren sind Jugendliche alt genug, um mitbestimmen zu können. Wir sehen ja bei den „Fridays For Future“-Protesten, dass junge Menschen durchaus in der Lage sind, sich eine Meinung zu bilden und dafür einzutreten. Da sich eine Änderung des aktiven Wahlrechts aufgrund des dafür erforderlichen Volksentscheids frühestens bis zur Kommunalwahl 2026 realisieren lässt, wollen wir die Zeit bis dahin nutzen, um junge Menschen auf ihr Wahlrecht adäquat vorzubereiten. Konkret wollen wir das Jugendehrenamt fördern, die außerschulische Jugendarbeit intensivieren und die Jugendringe stärken. Zudem setzen wir uns für eine flächendeckende Stärkung der Jugendparlamente, eine Intensivierung der politischen Bildung als Extremismus-Prävention und eine Weiterentwicklung der Landeszentrale für politische Bildung ein.



(v.l.) PGF Fabian Mehring, Fraktionschef Florian Streibl, Kultusstaatssekretärin Anna Stolz, der kommunalpolitische Sprecher Joachim Hanisch und der jugendpolitische Sprecher Tobias Gotthardt haben im Landtag das „JuBeL-Paket für mehr für Jugend-Beteiligung auf Landesebene“ vorgestellt.

**Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:**

- Klare Positionierung im Kampf gegen Antisemitismus
- Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes
- Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
- Gesetzentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Förderung von kulturellen Angeboten in der Ganztagschule
- Möglichkeiten zur Reduzierung von Nitratreinträgen
- Fünf Säulen der bayerischen Wirtschaftsstrategie

## Rückblick

**Nach dem entsetzlichen Anschlag auf die Synagoge in Halle haben wir *FREIE WÄHLER* klar Position bezogen und unsere Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in ganz Deutschland ausgedrückt.** In der Aktuellen Stunde des Landtags haben wir nochmals ganz deutlich gemacht, dass wir Antisemitismus, Fremdenhass und Rassenwahn als Geißeln der Menschheit verstehen, die in einer modernen, offenen und aufgeklärten Gesellschaft keinen Platz haben dürfen. Deshalb müssen wir entschieden und mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgehen. Wir *FREIE WÄHLER* setzen uns für eine klar definierte Strafverschärfung ein. Hierzu gehört ein Straftatbestand, der entsprechende Vergehen und Verbrechen angemessen ahndet. Darüber hinaus müssen wir die politische Bildung in Deutschland stärken, um schon den Jüngsten aufzuzeigen, in welche Katastrophe uns nationalsozialistische Rassenideologie und Judenhass in der Vergangenheit geführt haben.

Derzeit gibt es im Studienfach Medizin deutschlandweit nahezu fünfmal so viele Bewerber wie Studienplätze – trotz des anhaltenden Ärztemangels. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das vor allem auf die Abschaffung der Wartelistenplätze abzielte, haben wir jetzt die Möglichkeit, **im Bayerischen Hochschulzulassungsgesetz neben der Abiturnote zusätzliche Kriterien bei der Studienplatzvergabe stärker zu berücksichtigen.** Weil wir schon lange überzeugt sind, dass ein sehr gutes Abitur allein noch keinen guten Arzt macht, werden bei der Zulassung künftig eine einschlägige Berufsausbildung und der Studieneignungstest deutlich stärker gewichtet als bislang. Das kommt insbesondere auch Studierwilligen aus bildungsferneren Haushalten zugute, deren Abiturnoten häufig weniger gut sind. Zudem geht es uns darum, wertvolle Potenziale für die Berufswelt zu sichern. Denn mit dem neuen Hochschulzulassungsgesetz kann tatsächlich ein relevanter Anteil an Personen zugelassen werden, von denen aufgrund ihrer fachspezifischen Neigung und Eignung ein erfolgreicher Studienabschluss zu erwarten ist.

Und wir tun noch mehr für junge Menschen im Freistaat: Diejenigen, die von ihrer Familie nicht die Unterstützung erhalten können, die sie für ihr Heranwachsen und ihre Entwicklung brauchen, benötigen die Unterstützung unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir die **Kinder- und Jugendhilfe** gemeinsam mit unserem Koalitionspartner **weiter ausbauen.** Jugendämter, freie Träger und im Ehrenamt engagierte Bürger sollen jungen Menschen auf diese Weise ein selbstbestimmtes Leben durch einzelfallbezogene qualifizierte Hilfsplanung ermöglichen. So soll das Übergangmanagement im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe verbessert werden, sodass es Jugendlichen erleichtert wird, eine eigene Wohnung bzw. eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle zu finden. Für vollstationäre Leistungen der Jugendhilfe sollen die Betroffenen künftig maximal 50 Prozent ihres Einkommens einsetzen müssen, um mehr von ihrem Lohn behalten zu können.

Den Charakter unserer schwarz-orangen Familienkoalition unterstreicht auch der **Gesetzentwurf der Staatsregierung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.** Denn Privat- und Berufsleben optimal zu vereinen, ist das Ziel, das wir *FREIE WÄHLER* uns für Beschäftigte im öffentlichen Dienst gesteckt haben. Mit dem geplanten Gesetz nimmt der Freistaat deutschlandweit eine Vorreiterrolle in Sachen Familienfreundlichkeit ein. So sieht der Entwurf neben vielen weiteren Verbesserungen die Umsetzung der sogenannten Mütterrente II bei Ruhestandseintritten ab 1. Januar 2019 auch im Bereich der Beamtenversorgung vor. Dadurch werden Erziehungszeiten für Geburten vor dem Jahr 1992 noch besser berücksichtigt. Betroffene erhalten dann für Kindererziehungszeiten vor dem Beamtenverhältnis einen Kindererziehungszuschlag für 30 statt 24 Kalendermonate. Während eines Beamtenverhältnisses werden Kindererziehungszeiten mit 15 statt bisher 12 Monaten bei der ruhegehaltfähigen Dienstzeit berücksichtigt. Zudem wird die Höchstbeurlaubungsdauer für die Betreuung minderjähriger Kinder von derzeit 15 auf 17 Jahre erhöht. Mit diesem Gesetz tragen wir also nicht nur den Erfordernissen einer

modernen Arbeitswelt Rechnung, sondern erhöhen gleichzeitig die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und sichern dessen Zukunftsfähigkeit.

Zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählt für uns auch der kontinuierliche und qualitativ hochwertige Ausbau der Ganztagsbetreuung. Besonders wichtig ist uns dabei, die **kulturelle Bildung im Ganztag zu verankern**. Mit einem Antrag haben wir die Staatsregierung deshalb aufgefordert, zu überprüfen, wie kulturpädagogische Angebote an bayerischen Ganztagschulen stärker gefördert werden können und inwiefern die Mittel des Bundesprogramms „Kultur macht stark“ für entsprechende Angebote und Wahlkurse im Ganztagsbereich genutzt werden können. Denn für uns **FREIE WÄHLER** gehören Arbeitsgemeinschaften, Förder- und Freizeitangebote sowie kulturelle Angebote zu einem attraktiven Ganztag dazu. Unabhängig vom familiären Hintergrund und Wohnumfeld können Kinder und Jugendliche die Chance erhalten, Kunst, Kultur und künstlerische Projekte kennenzulernen. So leistet der Ganztagsbereich einen wichtigen Beitrag, um die kulturelle Teilhabe in Bayern zu stärken.

Eingesetzt haben wir uns auch für unsere Landwirte: Weil wir wissen wollen, wie unser Grundwasser besser vor Nitratbelastungen geschützt werden kann, haben wir einen Bericht der Staatsregierung zur Reduzierung von Nitratreinträgen angefordert. Schon heute gibt es verschiedene Techniken, um **übermäßige Emissionen** zu verhindern: So können das Separieren von Gülle und computergestützte Ausbringetechniken einen bedeutsamen Beitrag leisten, um die Nitratbelastung der Böden erheblich zu reduzieren. Allein: Diese Maßnahmen sind mit einem hohen Investitionsaufkommen verbunden und für kleinere bayerische Betriebe nur schwer zu realisieren. Die Staatsregierung soll deshalb berichten, welche weiteren Möglichkeiten es gibt, um den Nitratreintrag ins Grundwasser zu reduzieren. Außerdem möchten wir wissen, inwieweit hierzu Versuche der Landesanstalt für Landwirtschaft und des Landesamts für Umwelt durchgeführt werden und welche Förderprogramme angeboten werden, um Bayerns Landwirte bei der Einführung alternativer Düngetechniken finanziell zu unterstützen.

Unterstützen wollen wir auch unsere bayerische Wirtschaft. Dass diese für die Zukunft so hervorragend aufgestellt ist, ist in erheblichem Maße das Verdienst von Staatsminister Hubert Aiwanger. Besonders sein unermüdliches Engagement in Berlin wird langfristig dazu beitragen, dass der Freistaat auch in Zukunft prosperiert. Wo wir darüber hinaus auf Landesebene handeln können, tun wir **FREIE WÄHLER** das mit einem Räderwerk ineinandergreifender Programme und Maßnahmen. Dabei verfolgen wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium eine **Strategie, die auf fünf Säulen fußt**: der zügige Auf- und Ausbau der Digitalisierung, die Entwicklung neuer Industrien, der Erhalt bzw. die Rückverlagerung von Produktion nach Bayern, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sowie die Fachkräftesicherung. So sorgen wir dafür, dass sich der Freistaat immer wieder neu erfinden kann, um Motor des Wandels zu bleiben.

Susann Enders, MdL

Gesundheitspolitische Sprecherin  
Sprecherin für Soziales, Familie und Barrierefreiheit  
Vorsitzende des Freie Wähler AK Gesellschaft

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Abgeordnetenbüro

Greitherstraße 15

82362 Weilheim

Tel.: +49 (0) 881 / 927 801 00

Mail: [abgeordnetenbuero.enders@fw-landtag.de](mailto:abgeordnetenbuero.enders@fw-landtag.de)

<https://susann-enders.de>